Beschluss

1 8. Aug. 1993

Décision

Decisione

Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer (Genf, 30. August bis 1. September 1993)

Aufgrund des Antrags des EDA vom 9. August 1993

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen

1. Die Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer, die die Schweiz vom 30. August bis zum 1. September 1993 in Genf organisiert, setzt sich folgendermassen zusammen:

Bundesrat Flavio Cotti, Konferenzpräsident und Chef der Schweizer Delegation;

Botschafter François Nordmann, Direktor der Direktion für Internationale Organisationen, stellvertretender Delegationschef;

Botschafter Blaise Godet (vor seiner Ernennung zum Botschafter in Bangkok mit der Vorbereitung der Konferenz betraut);

Herr Walter Knüsli, Chef der Sektion Konventionen/Sonderaufgaben/Rechtsdienst im BADJ;

Ein weiterer Vertreter des Eidgenössischen Militärdepartements (noch zu bezeichnen);

Herr Marco Ferrari, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH der DEH;

Frau Livia Leu, diplomatische Mitarbeiterin der Direktion für Internationale Organisationen.

Herr Alain Guidetti, zweiter Botschaftssekretär, Ständige Mission der Schweiz bei den Internationalen Organisationen, Genf.

Die Delegation kann bei Bedarf weitere Experten bezeichnen. Botschafter Bernard de Riedmatten, Chef der Ständigen Mission der Schweiz bei den Internationalen Organisationen, Genf, steht der Delegation und speziell dem Delegationschef als Berater zur Verfügung.



- 2. Der vorliegende Antrag bildet die Grundlage für die Instruktionen der Schweizer Delegation.
- 3. Tagesentschädigungen der Delegationsmitglieder werden gemäss den Weisungen des Eidgenössischen Personalamts vom 4. September 1991 festgelegt und gehen zu Lasten der betreffenden Direktionen.
- 4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, für die Delegierten Vollmachten auszustellen.
- 5. Das EDA wird ermächtigt, einen Nachtragskredit mit gewöhnlichem Vorschuss in der Höhe von Fr. 300'000 zu Lasten der Rubrik "Gute Dienste" (201.3600.162) des EDA anzubegehren.
- 6. In analoger Anwendung zum Abkommen vom 11. Juni/1. Juli 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Organisation der Vereinten Nationen zwischen dem schweizerischen Bundesrat und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen werden die darin für Beamte der UNO vorgesehenen Privilegien und Immunitäten dem Konferenzpersonal ohne Wohnsitz in der Schweiz gewährt.

Für getreuen Protokollauszug:

Meerals Miller

Protokollauszug an: 🛭 ohne / ☐ mit Beilage Akten z.V. z.K. Dep. EDA 10 EDI **EJPD EMD** X X **EFD EVD** EVED BK X

X

EFK Fin.Del. **EDA**

Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer

Antrag vom 9. August 1993

Uebersicht

Dem Bundesrat wird beantragt, eine aus Beamten des Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) zusammengesetzte Delegation unter der Leitung von Bundesrat Flavio Cotti an die Internationale Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer zu entsenden.

Diese Konferenz findet auf Initiative der Schweiz vom 30. August bis zum 1. September in Genf statt und wird unter dem Präsidium von Bundesrat Cotti stehen. Sie soll hohen Regierungsvertretern aus der ganzen Welt die Gelegenheit bieten, Fragen des humanitären Völkerrechts zu diskutieren. Ihr Ziel ist es, den Schutz der Kriegsopfer zu verbessern durch eine striktere Anwendung des geltenden Kriegsvölkerrechts, das heute in erschreckendem Masse verletzt wird. Sie ist damit in erster Linie eine Manifestation des kollektiven politischen Willens der Staaten, welche ihre Verantwortung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts abschliessend in einer feierlichen Erklärung bekräftigen werden.

Die bisherigen Konferenzvorbereitungen (Expertentreffen in Genf vom 26.-28. April 1993, Reisen hoher EDA-Beamter in verschiedene wichtige Hauptstädte zwecks politischer Konsultationen) haben ergeben, dass in Anbetracht der bestehenden inhaltlichen und prozeduralen Meinungsunterschiede zwei weitere eintägige Vorbereitungstreffen und allenfalls auch eine Verlängerung der Konferenz um maximal einen Tag nötig sein werden. Daneben hat sich die politische Opportunität herauskristallisiert, die Debatten mit Simultanübersetzung in sechs Sprachen zu führen, wie dies bei der UNO der Fall ist. Neu evaluiert werden musste zudem der Einbezug der Medien, deren Präsenz aufgrund der Aktualität des Konferenzthemas und zugunsten einer grösseren Breitenwirkung der Schlusserklärung verstärkt werden soll. Aus diesen Gründen ist mit einer Kostenüberschreitung von Fr. 300'000 gegenüber dem ursprünglichen Budget von 1.5 Mio. Fr. zu rechnen, die mit der 2. Tranche des Nachtragskredit anbegehrt werden sollten.

DFAE

Délégation suisse à la Conférence internationale pour la protection des victimes de la guerre

Proposition du 9 août 1993

Apercu

Il est demandé au Conseil fédéral de désigner une délégation composée de fonctionnaires du DFAE et du DMF, sous la direction du Conseiller fédéral Flavio Cotti, pour participer à la Conférence internationale pour la protection des victimes de la guerre.

Cette conférence aura lieu à Genève du 30 août au 1er septembre, sur l'initiative de la Suisse, et sera présidée par le Conseiller fédéral Cotti. Elle doit offrir à des délégations gouvernementales à haut niveau du monde entier la possibilité de discuter des questions du droit international humanitaire. Elle a pour but d'améliorer la protection des victimes de la guerre grâce à une application plus stricte du droit international humanitaire en vigueur, lequel fait l'objet actuellement de violations dans une mesure effrayante. Elle est ainsi en premier lieu une manifestation de la volonté politique collective des Etats, qui renforceront leur responsabilité d'assurer le respect du droit international humanitaire par l'adoption d'une déclaration solennelle finale.

Les travaux préparatoires de la conférence (réunions d'experts à Genève du 26 au 28 avril 1993, voyages de hauts fonctionnaires du DFAE dans différentes capitales importantes pour procéder à des consultations politiques) ont fait ressortir que, en raison de divergences de vues sur des questions de contenu et de procédure, deux réunions préparatoires d'un jour chacune seraient nécessaires, ainsi que, le cas échéant, une prolongation de la Conférence d'un jour au maximum. En outre, il est apparu politiquement opportun que les débats se déroulent avec une traduction simultanée en six langues, comme cela se fait à l'ONU. L'engagement des médias a également dû faire l'objet d'une nouvelle évaluation, et un renforcement de leur présence s'avère nécessaire en raison de l'actualité du thème de la conférence, ainsi que pour permettre une plus large diffusion de la déclaration finale. Au vu de ce qui précède, nous devons compter avec un dépassement des coûts de frs. 300'000.-- par rapport au budget initial de 1,5 mio de francs, montant à demander avec le deuxième supplément au budget.

13.38144.5



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 9. August 1993

An den Bundesrat

Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutze der Kriegsopfer (Genf, 30. August bis 1. September 1993)

I. Stand der Konferenzvorbereitungen

- 1. In Anwendung des bundesrätlichen Beschlusses vom 13. Januar 1993 hat das EDA Ende Juni 1993 formell alle Länder, die Mitgliedstaaten der UNO oder ihrer Spezialorganisationen sind, zur Teilnahme an der Internationalen Konferenz zum Schutze der Kriegsopfer eingeladen, die in Genf vom 30. August bis zum 1. September 1993 abgehalten wird. Palästina, von der PLO vertreten, wurde als Beobachter, die Föderative Republik Jugoslawien (sog. Restjugoslawien) als "anderer Teilnehmer", ebenfalls mit Beobachterstatus, eingeladen. Zahlreiche Länder, darunter die USA, sämtliche EG-Staaten, Russland und China, haben sich bereits angemeldet und der Schweiz ihre Unterstützung zugesichert.
- 2. Diesem Schritt sind intensive politische und sachbezogene Vorbereitungen vorausgegangen, welche sowohl die Definition des Teilnehmerkreises, als auch die Substanz der Konferenz betrafen. Vom 26. bis zum 28. April 1993 fand in Genf ein Regierungsexpertentreffen mit Vertretern von über 50 Ländern aus allen Teilen der Welt statt, welches sich in erster Linie mit dem von der Schweiz vorgelegten Entwurf einer Schlusserklärung sowie einem Entwurf zu einem Konferenzreglement beschäftigte. Parallel dazu wurden informelle politische Konsultationen geführt, welche durch Besuche hoher Beamter des EDA (namentlich des Konferenzkommissars, Botschafter H.

Reimann) in Washington, Jerusalem, Tunis, Den Haag, London, Kopenhagen und Brüssel, Peking, New Delhi, Bonn, Moskau und Kiew ergänzt wurden. Der Vorsteher des EDA benutzte seinen Aufenthalt an der kürzlichen UNO-Menschenrechtskonferenz in Wien zu entsprechenden bilateralen Kontakten auf Ministerebene. Er entsandte im übrigen Herrn Pierre Keller, Vizepräsident des IKRK, in Sondermission nach Washington. Hauptziel dieser Demarchen war es, Vorbehalte gegenüber der Teilnahme Palästinas und Restjugoslawiens als Beobachter auszuräumen und gleichzeitig den Regierungen nahezulegen, dass sich die Konferenz nicht mit den Situationen in einzelnen Ländern, sondern mit Verletzungen des humanitären Völkerrechts im allgemeinen beschäftigen soll. Ein solches Vorgehen ist im heiklen weltpolitischen Kontext der Gegenwart die Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf der Konferenz, ist es doch der einzige Garant, dass diese nicht von einzelnen Ländern zu ihren eigenen politischen Zwecken missbraucht wird.

3. Diese Kontakte haben vor allem in der Frage des Teilnehmerkreises wichtige Hindernisse zu beseitigen vermocht. Gleichzeitig haben sie aber auch gezeigt, dass es unumgänglich sein wird, zwei weitere Vorbereitungstreffen von je einem Tag einzuberufen. Ein erstes wird sich Mitte August namentlich mit den prozeduralen Aspekten (Geschäftsordnung, Tagesordnung und Besetzung der Posten des Konferenzbüros) befassen, um die bei solchen Veranstaltungen übliche Arbeitssitzung aller Delegationschefs oder ihrer Stellvertreter am Vorabend der Konferenz vorzubereiten, an welcher in diesen Fragen eine möglichst weitgehende Uebereinstimmung erzielt werden soll.

II. Ziel und Ablauf der Konferenz

Die Konferenz hat zum Ziel, den Schutz der Kriegsopfer zu verbessern und auf der Anwendung des geltenden humanitären Kriegsvölkerrechtes zu bestehen, das immer wieder verletzt worden ist und noch verletzt wird. Sie soll hochrangige Regierungsvertreter, vor allem Minister, zusammenführen, und ist in erster Linie eine Manifestation des kollektiven politischen Willens der Staaten.

Dieser politische Wille soll sich in einer feierlichen Schlusserklärung (vgl. Beilage) manifestieren, welche aus zwei Teilen besteht: Im ersten Abschnitt geben die Regierungen ihrem Abscheu über die weltweite Zunahme von Gewalt und Hass Ausdruck, verurteilen die zahlreichen und schweren Verletzungen des Kriegsvölkerrechts, das zum Schutz der

۳,

Zivilbevölkerung und zur Begrenzung der Kriegsleiden erarbeitet worden ist, und versprechen, mit konkreten Massnahmen auf diese Verletzungen zu reagieren. Im zweiten Teil bekräftigen die Konferenzteilnehmer ihre Verantwortung für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zugunsten der Rechte der Kriegsopfer. Es folgt ein Aufruf an alle Staaten, die hierfür notwendigen Massnahmen zu ergreifen, zu welchen die systematische Verbreitung dieser Rechtsnormen namentlich bei den Streitkräften, der Beitritt zu internationalen Abkommen auf diesem Gebiet, die Anerkennung der Kompetenz der Internationalen Humanitären Ermittlungskommission (Art. 90 Abs. 1 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen), die Bestrafung von schweren Verletzungen dieser Bestimmungen und die Förderung der Errichtung entsprechender internationaler Instanzen, die Stärkung der Koordinationsanstrengungen der internationalen Hilfe und deren kontinuierliche Unterstützung, die Verbesserung des Respekts für das Rotkreuz- und Rothalbmondemblem, die Bekräftigung des Verbots der Umweltzerstörung und des Einsatzes von Landminen sowie die Druckausübung auf Konfliktparteien, die sich Verletzungen des humanitären Völkerrechts schuldig machen, zählen.

Wegen der kurzen Dauer der Konferenz wird gleichzeitig in verschiedenen Organen getagt werden müssen, was nicht nur den Personalbedarf des Konferenzsekretariates sondern auch der schweizerischen Delegation anwachsen lässt. Diese muss gleichzeitig im Plenum, im Plenarausschuss und im Redaktionskomitee sowie in eventuell weiteren kleineren Verhandlungsgruppen vertreten sein.

Die Konferenz, so ist hier in Erinnerung zu rufen, findet auf alleinige Einladung und Verantwortung der Schweiz statt. Sicherlich ist sie schon bisher bei den Vorbereitungen vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz unterstützt worden und arbeitet mit ihm in gut abgestimmter Weise eng zusammen. Das IKRK kann aber der Schweiz ihre Verantwortung als Gastgeber der Konferenz nicht abnehmen.

III. Schweizer Delegation

Als Initiantin und Gastgeberin dieser Konferenz trägt die Schweiz eine grosse Verantwortung für deren Gelingen. Es ist daher wichtig, dass sowohl die schweizerische Delegation als auch das Konferenzsekretariat in personeller Hinsicht gut besetzt sind. Da der Vorsteher des EDA gleichzeitig als Präsident der Konferenz und als schweizerischer Delegationschef amtet, stehen die Delegation und das Konferenzsekretariat unter seiner

direkten Aufsicht. Dem Konferenzkommissar werden weitere Angehörige des EDA zur Seite stehen.

Wir schlagen Ihnen folgende Zusammensetzung der Schweizer Delegation vor:

- -Bundesrat Flavio Cotti, Chef der Schweizer Delegation, zugleich Präsident der Konferenz;
- -Botschafter François Nordmann, Direktor der Direktion für internationale Organisationen, stellvertretender Delegationschef;
- -Botschafter Blaise Godet (vor seiner Ernennung zum Botschafter in Bangkok mit der Vor bereitung der Konferenz betraut);
- -Herr Walter Knüsli, Chef der Sektion Konventionen/Sonderaufgaben/Rechtsdienst im BADJ;
- -Ein weiterer Vertreter des Eidgenössischen Militärdepartements (noch zu bezeichnen);
- -Herr Marco Ferrari, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH der DEH;
- -Frau Livia Leu, diplomatische Mitarbeiterin der Direktion für internationale Organisationen;
- -Herr Alain Guidetti, zweiter Botschaftssekretär, Ständige Mission der Schweiz bei den Internationalen Organisationen, Genf.

Die Delegation kann bei Bedarf weitere Experten bezeichnen. Botschafter Bernard de Riedmatten, Chef der Ständigen Mission der Schweiz bei den Internationalen Organisationen, Genf, steht der Delegation und speziell dem Delegationschef als Berater zur Verfügung.

Die Aufgabe der Schweizer Delegation besteht in einer aktiven Teilnahme in sämtlichen Gremien der Konferenz einerseits und in der Unterstützung des Konferenzpräsidenten zugunsten eines positiven Konferenzablaufs anderseits. Hinsichtlich der Redaktion der Schlussdeklaration muss ihr Bestreben dahingehen, deren Inhalt und Ziele zu unterstützen und sich allfälligen Verwässerungstendenzen entgegenzusetzen.

IV. Finanzielle und rechtliche Aspekte

1. Mit dem Antrag vom 23. Dezember 1992 wurde dem Bundesrat ein provisorisches Budget von insgesamt Fr. 1'500'000 unterbreitet. Dieses basierte auf einer Konferenzdauer von höchstens drei Tagen und vier Konferenzsprachen. Ausserdem wurde kein Bedarf für die Einrichtung eines Pressezentrums angemeldet.

Die seither erfolgten Konferenzvorbereitungen (vgl. I) haben gezeigt, dass in Anbetracht der bestehenden inhaltlichen und prozeduralen Meinungsunterschiede zwei weitere eintägige Vorbereitungstreffen zu diesen Fragen und allenfalls auch eine Verlängerung der Konferenz um maximal einen Tag nötig sein werden. Daneben hat sich die politische Opportunität herauskristallisiert, die Debatten mit Simultanübersetzung in sechs Sprachen zu führen, wie dies bei der UNO der Fall ist. Neu evaluiert werden musste zudem der Einbezug der Medien, deren Präsenz aufgrund der Aktualität des Konferenzthemas und zugunsten einer grösseren Breitenwirkung der Schlusserklärung verstärkt werden soll.

Für den entsprechenden Mehraufwand und die Auslagen für ein Pressezentrum von maximal Fr. 125'000 ist mit einer Ueberschreitung des ursprünglichen Globalbudgets von Fr. 1'500'000 um maximal Fr. 300'000 zu rechnen. Die Notwendigkeit einer Ausdehnung unserer Anstrengungen im besagten Mass war im letzten Dezember, als wir Ihnen das ursprüngliche Budget vorlegten, nicht absehbar, da sie ihren Grund in den wechselnden Gegebenheiten der Weltpolitik hat. Dieser Betrag muss unter die 2. Tranche des Nachtragskredits 1993 fallen. Wir beantragen Ihnen daher, das EDA zu ermächtigen, beim Parlament um einen Nachtragskredit mit gewöhnlichem Vorschuss in entsprechender Höhe nachzusuchen.

2. In analoger Anwendung zum Abkommen vom 11. Juni/1. Juli 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Organisation der Vereinten Nationen zwischen dem schweizerischen Bundesrat und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen sollen die darin für Beamte der UNO vorgesehenen Privilegien und Immunitäten dem Konferenzpersonal ohne Wohnsitz in der Schweiz gewährt werden. Diese Massnahme empfiehlt sich, da ansonsten die Mehrkosten dieses Personals dem Bund als Veranstalter der Konferenz überwälzt würden.

V. Aemterkonsultation

Das Konsultationsverfahren ergab eine positive Einschätzung durch die Bundeskanzlei, das Bundesamt für Justiz, den Stab GGST sowie das Bundesamt für Sanität. Ohne an der grundsätzlichen Bedeutung und Notwendigkeit der Konferenz zu zweifeln äusserte die Eidgenössische Finanzverwaltung Vorbehalte gegenüber der Ueberschreitung des Budgets und beantragt, dass das finanzielle Engagement des Bundes auf die ursprünglich budgetierten 1,5 Mio. Fr. zu beschränken sei.

Im Lichte obiger Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Flavio Cotti

Beilagen:

- Entwurf der Schlusserklärung der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer
- Provisorisches Budget
- Entwurf des Beschlussdispositifs

Zum Mitbericht an - EJPD

- EFD

- EMD

Protokollauszug an: - Bundeskanzlei 4 Ex. zum Vollzug

- EDA 10 Ex. zum Vollzug

- EJPD 4 Ex. z.K. - EMD 4 Ex. z.K.

- EMD 4 Ex. z.K. - EFD 4 Ex. z.K.

- Finanzdelegation 4 Ex. z.K.

Genève, le 28 avril 1993 Berne, le 1^{er} juin 1993 Berne, le 11 juin 1993

CONFERENCE INTERNATIONALE POUR LA PROTECTION DES VICTIMES DE LA GUERRE

Genève, du 30 août au 1er septembre 1993

REUNION D'EXPERTS GOUVERNEMENTAUX Genève, du 26 au 28 avril 1993

PROJET DE DECLARATION

Les participants à la Conférence internationale pour la protection des victimes de la guerre, tenue à Genève du 30 août au ler septembre 1993, déclarent solennellement ce qui suit :

I

- 1. Nous refusons d'accepter que, chaque jour et partout dans le monde, la guerre, la violence et la haine s'étendent, que les droits les plus fondamentaux de la personne humaine soient bafoués de plus en plus gravement et de plus en plus systématiquement. Nous refusons d'accepter que des blessés soient achevés, des enfants massacrés, des femmes violées, des prisonniers torturés, des victimes privées d'assistance humanitaire élémentaire, que des populations soient illégalement déplacées et que des pays soient dévastés.
- 2. Nous refusons d'admettre que, tant que la guerre n'a pas été éradiquée, les règles et obligations internationales visant à limiter les souffrances causées par des conflits armés soient délibérément et constamment transgressées. Nous condamnons vigoureusement ces violations qui entraînent une détérioration continue de la situation des personnes que ces règles devraient pourtant protéger.
- 3. Nous refusons d'accepter que les populations civiles deviennent de plus en plus souvent la principale victime voire même la cible des hostilités et des actes de violence perpétrés au cours des conflits armés. Nous sommes alarmés par l'augmentation marquée des actes de violence sexuelle dirigés notamment contre les femmes et les enfants et nous réaffirmons que de tels actes constituent des infractions graves au droit international humanitaire.
- 4. Nous constatons que les méthodes et moyens utilisés dans la conduite des hostilités lors des conflits armés non internationaux provoquent très souvent de graves souffrances. Nous réitérons notre volonté d'appliquer, de clarifier, et le cas échéant, d'envisager de développer le droit en vigueur afin d'assurer une véritable protection de ces victimes.

- 5. Nous affirmons la nécessité d'une mobilisation des peuples pour qu'ils repoussent la tentation de se replier sur eux-mêmes et pour qu'ils refusent la fatalité et la banalisation d'horreurs que rien ne peut justifier. Nous voulons renforcer le lien de solidarité qui doit unir le genre humain tout entier face aux drames de la guerre.
- 6. Nous nous engageons, dans les cas de violations graves des droits des personnes protégées, à agir, en coopération avec l'Organisation des Nations Unies et conformément à la Charte des Nations Unies, en vue de prendre toute mesure appropriée, voire des mesures de dernier ressort, conformément au droit des gens, afin d'assurer le respect du droit international humanitaire.
- 7. Nous condamnons les actes de violence commis contre toute personne qui assiste les victimes d'un conflit armé. Nous affirmons dès lors la nécessité d'assurer, par l'action aux niveaux national et international, la sécurité personnelle de ceux qui portent secours aux victimes et nous réaffirmons l'obligation qu'ont les parties aux conflits armés de respecter l'intégrité des membres des forces de maintien de la paix.

II

Nous affirmons notre obligation, conformément à l'article 1 commun aux quatre Conventions de Genève, de respecter et faire respecter le droit international humanitaire en vue de préserver les droits inaliénables des victimes de la guerre. Nous demandons instamment à tous les Etats de n'épargner aucun effort pour :

- 1. Inculquer systématiquement le droit international humanitaire en enseignant ses règles à ceux qui sont responsables de leur application, et les inclure dans les programmes d'éducation, tout en sensibilisant les médias pour en imprégner les populations et donner à celles-ci la force de réagir à la violation de ce droit.
- 2. Intégrer les règles fondamentales du droit international humanitaire dans la formation militaire, de sorte qu'elles soient parfaitement assimilées par chaque combattant, en fonction de ses devoirs et responsabilités et en tenant compte de l'obligation de son supérieur de faire appliquer ce droit.
- 3. Etudier avec la plus grande attention les moyens pratiques de faire comprendre, d'appliquer et de respecter le droit international humanitaire dans les situations de conflit où les structures étatiques se défont.

- 4. Examiner ou réexaminer, afin de promouvoir le caractère universel du droit international humanitaire, la possibilité de devenir parties ou, s'il est indiqué, de confirmer leur succession aux instruments juridiques pertinents subséquents aux Conventions de Genève de 1949, notamment:
 - aux Protocoles additionnels de 1977 aux Conventions de Genève;
 - à la Convention de 1980 sur l'interdiction ou la limitation de certaines armes classiques et à ses trois Protocoles;
 - à la Convention de 1954 pour la protection des biens culturels en cas de conflits armés.
- 5. Adopter et mettre en oeuvre sur le plan national toutes règles, lois et mesures propres à assurer le respect du droit international humanitaire en cas de conflit armé et à réprimer ses violations.
- 6. Contribuer à éclaircir d'une manière impartiale les allégations de violation du droit international humanitaire et envisager notamment la reconnaissance de la compétence de la Commission internationale d'établissement des faits, conformément à l'article 90 du Protocole I additionnel aux Conventions de Genève, soit formellement, soit sur une base ad hoc, dans le cadre d'un conflit armé spécifique.
- 7. Mettre en oeuvre les dispositions prévoyant des sanctions en cas d'infractions graves et encourager l'élaboration de mécanismes juridiques internationaux appropriés permettant d'assurer que les criminels de guerre n'en sortent pas impunis.
- 8. Développer les efforts entrepris pour mieux coordonner l'action humanitaire d'urgence, à l'abri des pressions politiques partisanes, afin de donner à cette action la cohérence et l'efficacité nécessaires; accorder un soutien constant et sans faille aux institutions qui ont pour mandat d'apporter protection et assistance aux victimes de la guerre; aider, dans la mesure du possible, les organisations qui cherchent, en toute impartialité, à fournir aux populations des biens ou services essentiels à leur survie. Assurer des opérations de secours rapides et efficaces en garantissant un accès sûr aux régions affectées; prendre les mesures qui s'imposent pour renforcer le respect de la sécurité et de l'intégrité des organisations humanitaires impartiales qui déploient ces opérations de secours humanitaires.
- 9. Renforcer le respect des emblèmes de la croix rouge ou du croissant rouge, ainsi que des autres emblèmes prévus par le droit international et qui protègent le personnel, le matériel et les moyens de transport sanitaires, ainsi que le personnel, les envois et les convois de secours.

- 10. Réaffirmer les règles du droit international humanitaire protégeant l'environnement naturel en temps de conflit armé, assurer leur respect, tant durant les conflits armés internationaux que non internationaux, et examiner l'opportunité de les renforcer.
- 11. Agir avec détermination auprès des parties au conflit coupables de violations du droit international humanitaire en usant individuellement ou collectivement de notre influence pour qu'il y soit mis fin.
- 12. Tirer le meilleur parti de la prochaine Conférence chargée de l'examen de la Convention de 1980 sur l'interdiction ou la limitation de l'emploi de certaines armes classiques et de ses trois Protocoles, qui offrira une plate-forme pour une adhésion plus large à ce traité, et considérer, lors de cette Conférence, la possibilité de renforcer le droit existant sur l'utilisation indiscriminée des mines terrestres afin de chercher à résoudre le problème des explosions de mines qui mutilent les civils dans différentes régions du monde.

Nous affirmons, en conclusion, notre conviction que le droit international humanitaire, en préservant des espaces d'humanité au coeur même des conflits armés, maintient ouvertes les voies de la réconciliation et contribue non seulement au rétablissement de la paix entre les belligérants, mais à l'harmonie entre tous les peuples.

CONFÉRENCE INTERNATIONALE POUR LA PROTECTION DES VICTIMES DE LA GUERRE

Budget provisoire

1.	Réunion d'experts 26 28.4.93		•	frs.	95'000
2.	Deuxième réunion preparatoire d'un jour			frs.	50'000
3.	Personnel temporaire, machines de bureau				· Min
	a) Interprètes	frs.	365'000		
	b) Intercongrès	frs.	130'000		
	c) Vacancy	frs.	45'000	frs.	540'000
4)	Matériel de bureau, services techniques				
	a) EDMZ	frs.	30'000		
	b) CICG	frs.	30'000		•
	c) Dorier S.A., frais de tél. et Fax	frs.	30'000		
	d) Centre de télécommunication	frs.	30'000	frs.	120'000
5)	Centre de presse		,	frs.	125'000
6.	Rôle du pays hôte (dîner, réceptions, cafés etc.)		*	frs.	54'000
7.	Cadeaux aux délégations			frs.	17'000
8.	Frais de voyage, déplacements, hôtels			frs.	130'000
9.	Sécurité			frs.	80'000
10.	UNDP/LDC			frs.	400'000
11.	Imprévus, réserve (ca. 10%)			frs.	189'000
Т () T A L			frs. ===	1'800'000 ======

Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer (Genf, 30. August bis 1. September 1993)

Aufgrund des Antrags des EDA vom 9. August 1993

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen

1. Die Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer, die die Schweiz vom 30. August bis zum 1. September 1993 in Genf organisiert, setzt sich folgendermassen zusammen:

Bundesrat Flavio Cotti, Konferenzpräsident und Chef der Schweizer Delegation;

Botschafter François Nordmann, Direktor der Direktion für Internationale Organisationen, stellvertretender Delegationschef;

Botschafter Blaise Godet (vor seiner Ernennung zum Botschafter in Bangkok mit der Vorbereitung der Konferenz betraut);

Herr Walter Knüsli, Chef der Sektion Konventionen/Sonderaufgaben/Rechtsdienst im BADJ;

Ein weiterer Vertreter des Eidgenössischen Militärdepartements (noch zu bezeichnen);

Herr Marco Ferrari, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH der DEH;

Frau Livia Leu, diplomatische Mitarbeiterin der Direktion für Internationale Organisationen.

Herr Alain Guidetti, zweiter Botschaftssekretär, Ständige Mission der Schweiz bei den Internationalen Organisationen, Genf.

Die Delegation kann bei Bedarf weitere Experten bezeichnen. Botschafter Bernard de Riedmatten, Chef der Ständigen Mission der Schweiz bei den Internationalen Organisationen, Genf, steht der Delegation und speziell dem Delegationschef als Berater zur Verfügung.

- 2. Der vorliegende Antrag bildet die Grundlage für die Instruktionen der Schweizer Delegation.
- 3. Tagesentschädigungen der Delegationsmitglieder werden gemäss den Weisungen des Eidgenössischen Personalamts vom 4. September 1991 festgelegt und gehen zu Lasten der betreffenden Direktionen.
- 4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, für die Delegierten Vollmachten auszustellen.
- 5. Das EDA wird ermächtigt, einen Nachtragskredit mit gewöhnlichem Vorschuss in der Höhe von Fr. 300'000 zu Lasten der Rubrik "Gute Dienste" (201.3600.162) des EDA anzubegehren.
- 6. In analoger Anwendung zum Abkommen vom 11. Juni/1. Juli 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Organisation der Vereinten Nationen zwischen dem schweizerischen Bundesrat und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen werden die darin für Beamte der UNO vorgesehenen Privilegien und Immunitäten dem Konferenzpersonal ohne Wohnsitz in der Schweiz gewährt.

Für getreuen Protokollauszug:

3003 Bern, den 17. August 1993

An den Bundesrat

Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutze der Kriegsopfer (Genf. 30. August bis 1. September 1993)

Mitbericht

zum Antrag des EDA vom 9. August 1993

Hinsichtlich der Grösse und Zusammensetzung der Schweizer Konferenzdelegation haben wir nichts einzuwenden. Den anbegehrten Nachtragskredit über Fr. 300 000 müssen wir indessen aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen.

Hauptantrag

Wir beantragen, Punkt 5 im Beschlussdispositiv ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Das Budget im Anhang zum Antrag vom 23.12.1993 wurde deshalb als provisorisch bezeichnet, weil noch nicht feststand, ob die Konferenz anstatt drei Tage nicht auch nur zwei Tage dauern würde. Nun will man über die ursprüngliche Höchstdauer gar noch hinausgehen. Selbstverständlich hat die Schweiz ein grosses Interesse daran, dass die Konferenz erfolgreich und reibungslos abläuft. Angesichts der äusserst besorgniserregenden Haushaltssituation des Bundes müssen wir uns als Organisatoren aber ein gesundes Mass an Selbstbeschränkung auferlegen. Wir können nicht auf alle Begehrlichkeiten der eingeladenen Staaten eingehen. Das ursprüngliche Budget war keineswegs nur

indikativ, sondern stellte eine absolute Höchstlimite dar. Organisatorische oder konzeptionelle Änderungen sollen deshalb mit den bereits bewilligten Mitteln aufgefangen werden.

Eventualantrag

Sollte der Bundesrat unseren Hauptantrag nicht gutheissen, wäre das Beschlussdispositiv wie folgt zu ändern:

Punkt 5: "... Nachtragskredit mit gewöhnlichem Vorschuss in der Höhe von Fr. 150 000 zu Lasten"

Begründung:

Im vorliegenden Budget sind Fr. 189 000 (= 10% des Gesamtbudgets) an Reserven vorgesehen. Für eine gut geplante Konferenz scheint uns das jedoch viel zu hoch. Notabene wurden im ursprünglichen Budget (Anhang zum Antrag vom 23.12.1992) lediglich Fr. 21 000 (= 1,4%) für Unvorsehbares reserviert. Wenn im erhöhten Budget die Reserven auch nur in dieser Grössenordnung vorgesehen würden, könnte der anbegehrte Nachtragskredit entsprechend um die Hälfte gekürzt werden.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

Stich



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 17. August 1993

An den Bundesrat

Schweizer Delegation an der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer (Genf, 30. August bis 1. September 1993)

Stellungnahme

auf den Mitbericht des Eidgenössischen Finanzdepartements vom 17. August 1993

1. Wir können uns <u>nicht</u> mit den vom EFD beantragten Aenderungen <u>einverstanden</u> erklären, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Schweiz hat sich als Depositarstaat der Genfer Konventionen zum Schutze der Kriegsopfer bei der Organisation dieser Konferenz sowohl gegenüber der Staatengemeinschaft als auch gegenüber dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sehr stark engagiert. Unter diesen Umständen steht neben dem konkreten Konferenzziel auch das internationale Ansehen unseres Landes mit auf dem Spiel und wir müssen alles daran setzen, die Konferenz zu einem Erfolg zu bringen.

Wir sind uns über die prekäre Finanzlage des Bundes und die daraus resultierende Notwendigkeit zur Zurückhaltung absolut im klaren. Wie wir Ihnen in unserem Antrag vom 9. August 1993 dargelegt haben, hat sich nun aber im Laufe der Vorbereitungsarbeiten eine Erhöhung der Konferenzsprachen von 4 auf 6, eine geringfügige Verlängerung der Konferenz sowie ein stärkerer Einbezug der Medien als politisch notwendig erwiesen. In Anbetracht der grossen Verantwortung, die unser Land für das Gelingen der Konferenz trägt, schiene uns der Preis eines Verzichts auf diese Massnahmen im Sinne einer Konzession an die Sparzwänge zu hoch.

2. Auch mit dem <u>Eventualantrag</u> sind wir <u>nicht einverstanden</u> mit der folgenden Begründung:

Die Erhöhung des Budgetpostens "Reserven" erklärt sich namentlich daraus, dass wir heute mit der Teilnahme einer grösseren Zahl von Ministern und anderen hohen Regierungsvertretern rechnen können als bei der Veranschlagung des provisorischen Budgets. Diese an sich als sehr positiv einzustufende Tatsache führt allerdings zu deutlich höheren Kosten für die Sicherheit als ursprünglich angenommen.

3. Wir halten an unserem Antrag vom 9. August 1993 fest.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Flavio Cotti



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a désigné

comme il suit la délégation suisse à la Conférence internationale pour la protection des victimes de la guerre, qui aura lieu à Genève du 30 août au ler septembre 1993:

Monsieur Flavio C o t t i , Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral des affaires étrangères, chef de la délégation et président de la conférence;

Monsieur François N o r d m a n n , Ambassadeur, Directeur de la Direction des organisations internationales, suppléant du chef de la délégation;

Monsieur Blaise G o d e t , Ambassadeur;

Monsieur Walter K n ü s l i , Chef de la Section conventions/tâches spéciales/service juridique, Office fédéral de l'adjudance;

Un représentant du Département militaire fédéral;

Monsieur Marco Ferrari, Collaborateur scientifique, Division aide humanitaire et ASC de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire;

Madame Livia L e u , Collaboratrice diplomatique, Direction des organisations internationales:

Monsieur Alain G u i d e t t i , Deuxième secrétaire d'ambassade, Mission permanente de la Suisse près les organisations internationales à Genève.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 18 août 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:

[]